Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Mittwoch, 27. Juli 1921

Nummer 346 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 1,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Streit um Oberschlesien

Frankreichs Absichten.

Paris, 27. Juli.

Die Agence Havas verbreitet eine Mitteilung, in der sie bestreitet, daß die französische Regierung die Absicht habe, die polnischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen oder auch unter Umständen, für den Fall des Sturzes der Sowjetregierung, in Rußland einzugreifen. Die darauf bezüglichen Gerüchte hätten in London Glauben gefunden und zum großen Teil den Widerstand amtlicher englischer Kreise gegen die Verstärkung der französischen Truppen in Oberschlesien hervorgerufen. Die französische Regierung werde dem britischen Auswärtigen Amt nochmals beweisen, daß jene Befürchtungen vollständig unbegründet seien. Die Mitteilung gibt sodann eine Darstellung der französischen Absichten, in der es heißt, Frankreich habe nur eine Sorge, nämlich die Sicherheit seiner Truppen, es habe nur einen Wunsch, nämlich die möglichst baldige Regelung der oberschlesischen Frage. Frankreich wolle ferner, daß die Entscheidung endgültig sei. Deshalb wünsche es eine Verstärkung der Verbandstruppen. Zur Lösung der oberschlesischen Frage könne es mehr oder weniger wirksame Mittel geben. So wäre es möglich, an Deutschland und Polen vorerst die von den beiden Ländern nicht umstrittenen Gebiete jeweils auszuliefern und sämtliche Verbandstruppen in der strittigen Zone zusammenzuziehen. Nur würde von französischer Seite gefordert werden, daß die vorläufige Besetzung für die endgültige Teilung in keiner Weise entscheidend sein dürfte. Man könnte auch der deutschen Reichsregierung mitteilen, daß Frankreich, falls Deutschland dem Spruch des Obersten Rates irgendwelche Hindernisse bereiten und sich zu Angriffen gegen die Truppen in Oberschlesien hinreißen lassen sollte, sich vorbehielte, am Rhein seine Antwort zu geben. Schließlich könnte man an die Spitze der Tagesordnung noch die Frage der „Sicherheiten" stellen. Sollten sich die Vertreter der Verbandsmächte dann doch noch zur Entsendung von Verstärkungen entschließen, so könnten diese in drei bis vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den Obersten seine Entscheidung treffen zu lassen. Unter solchen Umständen sollte, wie die Agence Havas hervorhebt, wohl eine Verständigung über den zuletzt erwähnten Punkt zustande kommen.

Vor der Pariser Konferenz

London, 27. Juli.

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Chronicle" schreibt: Wenn die französische Regierung vor dem Zusammentritt des Obersten Rates neue Truppen nach Oberschlesien entsenden wollte, würde dies die Pariser Beratungen stören. Deshalb hoffe man in London, daß ein solcher Schritt unterbleibe. Ein in französischen Kreisen umlaufendes Gerücht, wonach die gestern erfolgte Rückkehr Sir Harold Stuarts mit einem neuen Vorschlag im Zusammenhang stehe, demzufolge die reindeutschen bzw. reinpolnischen Gebietsteile in Oberschlesien den Deutschen bzw. Polen übergeben werden sollen, sei ungenau. Ein solcher Vorschlag sei wohl einmal von der britischen und italienischen Regierung gemacht, aber von der französischen abgelehnt worden. Es würde keinen Zweck haben, einen solchen Vorschlag jetzt zu erneuern, wo man hoffe, die ganze Frage in der Zusammenkunft des Obersten Rates zu regeln.

Munitionsexplosion in Oberschlesien

Oppeln, 26. Juli.

In der Sprengstoffabrik Kriewald im Kreise Rybnik ereignete sich heute morgen ein folgenschweres Explosionsunglück beim Ausladen von Explosivstoffen. Nach einer bisher vorliegenden Meldung ist eine größere Anzahl von Arbeitern getötet und eine weitere Anzahl schwer verwundet worden.

Gleiwitz, 26. Juli.

Die bereits gemeldete Explosion in der Sprengstoffabrik in Kriewald stellt sich als schwerer heraus, als die ersten Nachrichten vermuten ließen. Die ganze Sprengstoffabrik Lignose ist in die Luft geflogen. Elf Arbeiter wurden sofort getötet, drei weitere starben auf dem Transport ins Krankenhaus. Fünf Arbeiter sollen noch unter den Trümmern liegen. Die Gesamtzahl der Schwerverletzten wird auf über 20 geschätzt. Der Sachschaden geht in die Millionen. Die Entstehungsursache der Explosion ist bisher unbekannt. Der Betrieb wird auf längere Zeit stillgelegt werden müssen. In der Fabrik waren etwa 550 Mann beschäftigt.

Der Vertrag von Trianon in Kraft

Wien, 26. Juli.

Heute sind in Paris die Ratifikationsurkunden des Friedensvertrages von Trianon zwischen den Verbündeten und Ungarn ausgetauscht worden. Der Vertrag tritt sofort in Kraft.

Eine der Folgen des Inkrafttretens des Vertrages von Trianon ist die Uebergabe Westungarns an Oesterreich und des Kohlengebiets von Fünfkirchen von Jugoslawien an Ungarn. Der Prozeß der Uebergabe Westungarns an Oesterreich wird einige Wochen zu seiner Durchführung brauchen. Die Botschafterkonferenz hat den 27. August als Endtermin für die Uebergabe festgesetzt. Die Offiziersdetachements der Ententemächte, die mit der Ueberwachung der Uebergabe betraut sind, sind verstärkt worden.

Die Unruhen in Marokko

EE. **Paris**, 27. Juli.

Die Lage in Marokko wurde von dem spanischen Kriegsminister als äußerst bedrohlich bezeichnet. Er erklärte, daß im Laufe der letzten Nacht keine Veränderung eingetreten sei. Die spanischen Linien würden befestigt. Die Stellungen bei Sidi. Iris seien ernstlich bedroht. Die feindlichen Angriffe nehmen an Heftigkeit zu. Man wollte diese am Mittelmeer liegende Stellung unter dem Schutze eines Kreuzers räumen, doch mußte dieses Vorhaben wegen der schweren Verluste, die die Truppen dabei erlitten, aufgegeben werden. Der Kriegsminister erklärte, daß er sich nicht bemühe, die kritische Lage zu verschleiern. Der Aufruhr sei allgemein, und es sei unmöglich, zu sagen, ob sich die dortige Truppenabteilung werde retten können. Die Spanier vernichten ihr ganzes Kriegsmaterial, damit es nicht in die Hände des Feindes falle.

Aus Malaga sind weitere Verstärkungen nach Marokko abgegangen. Die Schiffe Hesperides, Alicante, Espana III und Espana V wurden nach Cadis beordert.

Der Kampf gegen die Hungersnot

Moskau, 24 Juli. (Rosta.)

Um den Hungernden zu Hilfe zu kommen, hat die Sowjetregierung das Rote Kreuz beauftragt, alles zu tun, um die Not der Hungernden zu mildern Das Rote Kreuz soll: 1. In Rußland und im Auslande Medikamente, Lebensmittel und Futtermittel ankaufen, um sie unter den Notleidenden zu verteilen. 2. Die im Besitze des Roten Kreuzes sich befindlichen Geldmittel und Waren unter den Notleidenden verteilen. 3. Das Rote Kreuz hat das Recht, alle Transportmittel unentgeltlich in Anspruch zu nehmen. 4. Kann es überall Nahrungsmittelpunkte errichten. 5. Soll es der Bevölkerung medizinische Hilfe erweisen. 6. Kann es überall Sammlungen zugunsten der Notleidenden veranstalten.

Das Rote Kreuz wird gemeinsam mit dem permanent im Kreml tagenden allrussischen Hilfskomitee arbeiten sowie mit diesem Hilfskomitee gemeinsam im Auslande Komitees bilden und Spenden sammeln.

Dem Hilfskomitee wird das Recht eingeräumt, im In- und Auslande Verträge abzuschließen und Warenbestellungen zu machen, wobei diese Operationen der Staatskontrolle nicht unterliegen. Das Komitee hat nur dem allrussischen Zentral-Exekutivkomitee eine Abrechnung für die verausgabten Gelder einzureichen. Alle Regierungsinstitutionen sind verpflichtet, dem Hilfskomitee das größte Entgegenkommen zu zeigen

Die Wirkungen der Hungersnot

Die „Rosta" berichtet über die Lage in den von der Mißernte betroffenen Gouvernements:

Im Gouvernement Astrachan verfügen nur einige Kreise über das nötige Saatgetreide für die Wintersaat. In den meisten Kreisen fehlt das Saatgetreide und muß herbeigeschafft werden, da sonst die Ernte des nächsten Jahres gefährdet ist. Die Hauptnahrung der Bevölkerung bilden jetzt Fische. Das Gouvernement hat dringendst Hilfe nötig. Das Gouvernement Zarysin hat sich nie durch gute Ernte ausgezeichnet. Die Lage ist sehr schlecht. **Große Trupps von hungernden Frauen und Kindern ziehen durch die Straßen der Stadt und bitten um ein Stückchen Brot.** Die Arbeiter verlassen ihre Werkstätten, um zu versuchen, Brot aufzutreiben. Im Gouvernement Saratow wird eine Dessjatine nicht mehr als 10 Pud Getreide ergeben. Bauern und Arbeiter haben sich auf den Weg gemacht, auf der Suche nach Brot. **Die Stadt Saratow gleicht einem Heerlager hungernder Menschen.** Täglich sieht man Frauen und Kinder entkräftet zusammensinken. Viele Dörfer wurden vollständig von den Bewohnern verlassen. Das Vieh wird infolge des Futtermangels für ein paar Pfund Getreide verkauft. Furchtbar ist die Lage der Wolgadeutschen, wo 70 Prozent sämtlicher Ländereien nicht mehr als 5 Pud per Dessjatine ergeben haben. **In manchen Dörfern liegen 90 Prozent der Bevölkerung krank darnieder vor Hunger und Entbehrung.** Die Zahl der Todesfälle ist eine sehr große. Die Wolgadeutschen verlassen ihre Heimstätten und ziehen auf die Suche nach Nahrungsmitteln; in Moskau ist eine Karawane von Wolgadeutschen eingetroffen, die verlangt, nach Deutschland befördert zu werden. Im Gouvernement Orenburg ist außer dem Kreise Orenburg, der eine mittlere Ernte zu verzeichnen hat, überall Mißernte. Die Lage ist aber nicht so verzweifelt, da in Orenburg die Viehzucht eine große Rolle spielt und die Bevölkerung jetzt sehr viel Milchprodukte verzehrt. Im Gouvernement Wjatka ist vor allen Dingen der durch die Dürre bedingte Futtermangel von schweren Folgen begleitet, weil die Bevölkerung kaum imstande sein wird, das Vieh zu überwintern. Das Gebiet des Volkes Mari hat ebenfalls eine vollständige Mißernte zu verzeichnen. Das Gebiet der Baschkiren hat ebenfalls furchtbar unter der Dürre gelitten. Viele Todesopfer sind infolge der Unterernährung und der furchtbaren Hitze zu beklagen.

Allgemeine Dienstpflicht in Polen. In der nächsten Sitzung des Sejm wird der Gesetzentwurf über die allgemeine Dienstpflicht zur Beratung kommen. Nach dem Entwurf soll die aktive Dienstzeit zwei Jahre betragen. Außerdem soll für unverheiratete weibliche Personen eine Hilfsdienstpflicht eingeführt werden.

Nur der Profit!

P. L. Die Geschäftsführer der großen chemischen Werke und Syndikate kommen regelmäßig im preußischen Landwirtschaftsministerium zusammen, um diesem neue Anweisungen zu geben, welche Reklame es durch offiziöse Pressenotizen usw. unter den Landwirten für die verschiedenen künstlichen Düngemittel zu betreiben hat. Es ist selbstverständlich, daß jeder der Konferenzteilnehmer gerade diejenigen chemischen Produkte empfiehlt, die von seinem Werke erzeugt werden.

Unter anderem benutzen die Kapitalisten der chemischen Industrie das preußische Landwirtschaftsministerium und das sogenannte Reichsernährungsministerium dazu, für ihre Produkte (Düngemittel) bei der Eisenbahnverwaltung beträchtliche Tarifermäßigungen durchzudrücken. Das geschieht auch, obwohl doch immer wieder gesagt wird, schon bei den ordentlichen Frachttarifen mache die Eisenbahn Defizit, und obwohl doch gerade die chemische Industrie bei ihren glänzenden Profiten solche Liebesgaben wahrlich nicht braucht. Schließlich wird die chemische Industrie auch dadurch vom Reiche unterstützt, indem das Reich Gelder bereitstellt für Superphosphat, das in der Landwirtschaft verwendet wird. Die Zuschüsse zur Verbilligung des Getreides hebt man auf, die Zwangswirtschaft für Getreide beseitigt man, aber die Verbilligung von Düngemitteln auf Reichskosten — das ist die Liebesgabe für die Landwirte — wird fortgesetzt.

Am 28. Juni fand in Rotterdam eine Besprechung zwischen Vertretern des deutschen Stickstoff-Syndikats, der Chilesalpeter-Produzenten und der englischen Ammoniak-Produzenten statt. Es wurden dabei folgende Fragen erörtert: die Möglichkeit einer Verständigung über Festsetzung von Weltmarktpreisen für alle Stickstoffdüngemittel, die Kontingentierung der Exportquoten für die einzelnen Länder und Industrien und die Einfuhr von Chilesalpeter nach Deutschland. Das deutsche Stickstoff-Syndikat erklärte sich bereit, bis Ende 1921 seine Produkte dem Auslande weder anzubieten noch auszuführen und seine Werke nicht weiter zu vergrößern unter der Voraussetzung, daß die Welt-Stickstoffproduzenten sich über einen angemessenen Weltmarktpreis verständigen und daß eine eventuelle Einfuhr von Chilesalpeter nach Deutschland nur zu Weltmarktpreisen stattfände. Endgültige Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt, aber es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, in absehbarer Zeit die Welt-Stickstoffindustrie zusammenschließen zu können.

Diese Dinge sind dem Reichsernährungsministerium genau bekannt; aber es tut gar nichts, um die deutschen Landwirte vor einer solchen internationalen Preiskonvention der Düngemittelfabrikanten zu schützen. Wahrscheinlich denkt es, eine Hand wäscht die andere, d. h. wenn die deutschen Düngemittelfabrikanten mit Hilfe ihrer ausländischen Konkurrenz eine internationale Preistreiberei veranstalten, werden sie auch den deutschen Agrariern behilflich sein, daß diese für ihre Produkte entsprechende Preise auf Kosten der Verbraucher durchsetzen werden. Denn es ist klar, wenn die Kapitalisten der chemischen Industrie aller Länder die Produktion regeln und die Preise festsetzen, so geschieht es lediglich vom Standpunkt ihrer kapitalistischen Interessen aus.

Wir wollen kein Wort darüber verlieren, weil sich die deutschen Kapitalisten der chemischen Industrie mit ihren englischen Kollegen so rasch gefunden haben. Das war selbstverständlich. Aber was wird nun mit den so berühmten Arbeitsgemeinschaften zwischen deutschen Unternehmern und deutschen Arbeitern? Die internationalen Abmachungen sind natürlich nicht nur von Wichtigkeit für die Konsumenten, sondern auch für die Arbeiter der chemischen Industrie. Waren denn die hier in Frage kommenden Gewerschaften, namentlich der Fabrikarbeiter-Verband, auch mit in Rotterdam, oder hatten in diesem Falle die Unternehmer etwa die Gewerkschaften gar nicht auf der Rechnung? Dabei handelte es sich doch in Rotterdam um die Frage, daß das Unternehmertum internationale Abreden treffen will, inwieweit die deutschen Stickstoffwerke produzieren, also Arbeiter beschäftigen wollen, und inwieweit dies nicht geschehen soll.

Die Kapitalisten der Düngemittelindustrie befürchten eine Schmälerung ihrer Profite durch die Möglichkeit, daß der chilenische Salpeter billiger wird. Das deutsche Stickstoffsyndikat hat daher dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, bei der Einfuhr von Chilesalpeter dürfe

1. kein Dumping eintreten, d. h. der einzuführende Salpeter dürfe nicht unter dem deutschen Inlandspreise zum Verkauf kommen;

2. müsse Vorsorge getroffen werden, daß die deutsche Stickstoffindustrie rechtzeitig über die eingeführten oder einzuführenden Mengen von Salpeter unterrichtet wird;

3. müsse dem Stickstoffsyndikat gestattet sein, im Falle der Einfuhr von Chilesalpeter eine gleich große Menge an Stickstoff zur Ausfuhr zu bringen;

4. dürfe auf eventuelle Uebergewinne aus der Ausfuhr ein staatlicher Zugriff nicht stattfinden.

Die kapitalistische Logik ist also die: Werden ausländische Düngemittel infolge des Währungsunterschiedes billig eingeführt, so müssen sie zugunsten der inländischen Düngemittel-Produzenten verteuert werden. Kommen aber die

deutschen Kapitalisten infolge des Währungsunterschiedes in die Lage, ihre Produkte teurer nach dem Auslande zu liefern, so darf das Vaterland von diesem Uebergewinn nichts abkriegen. Die Unverfrorenheit, mit der sie das aussprechen, ist ein Zeichen dafür, wie stark sie sich fühlen und wie sie es als ganz selbstverständlich erachten, daß die Behörden ihren Wünschen Rechnung tragen.

Ein geohrfeigter Bureaukrat

Im Freistaat Braunschweig suchen verschiedene Vertreter der alten Bureaukratie, wie überall, wo Sozialisten zu Einfluß gekommen sind, dem neuen sozialistischen Regiment durch starres Festhalten an vornovemberliche Praktiken Schwierigkeiten zu bereiten. Dabei hat sich kürzlich einer der Narren eine Ohrfeige geholt, die abschreckend auf seine Brüder im reaktionären Geist wirken dürfte.

Regierungsrat Hartwig, als Vertreter der Kreisdirektion Braunschweig, hatte die Dreistigkeit besessen, dem Gewerkschaftskartell bei einem geplanten Umzuge rote Fahnen zu verbieten, und begründete dieses Verbot wie folgt:

„Gerade so wenig wie die schwarz-weiß-rote Fahne ist eine rote Fahne eine anerkannte Fahne. Das Mitführen solcher Fahnen kann unter den heutigen Verhältnissen, auch wenn ungewollt, nur provozierend auf einen nicht unerheblichen Teil der Kreiseingesessenen wirken. Mit solchen Aufreizungen ist notwendig eine Gefahr der Störung der öffentlichen Ordnung verbunden, die zu verhüten Hauptaufgabe der Landespolizeibehörde ist."

Dieser edle Herr Regierungsrat hatte sicher unsern Genossen Sepp Oerter, der Ministerpräsident von Braunschweig ist, so eingeschätzt wie rechtssozialistische Minister, die bisher solchen reaktionären Ausschreitungen duldend zusahen. Er hatte sich aber verrechnet. Sepp Oerter hat nicht vergessen, daß er Vertreter des Volkes ist. Er hob die Verordnung auf und der Herr Regierungsrat bekam sehr deutlich die Meinung gesagt. Die ministerielle Verfügung lautet:

„Dieser Teil der Verfügung muß von mir auf das schärfste mißbilligt werden. Es steht der Kreisdirektion nicht zu, zu genehmigen oder zu versagen, welche Fahnen und Flaggen von privaten Veranstaltungen mitzuführen sind. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen bedeutet dieser Uebergriff der Kreisdirektion eine **Taktlosigkeit und eine Provokation.** Ich hebe daher die Verfügung im Punkt 4, Abs. 2 auf. Ich ordne zu gleicher Zeit an, daß der Regierungsrat **Hartwig sofort von der Vertretung der Kreisdirektion abzulösen ist.** Herr Regierungsrat Hartwig hat bereits bei andern Gelegenheiten seine Ungeeignetheit und Unfähigkeit zu diesem Amte gezeigt. Er hat auch bei dieser Gelegenheit bewiesen, daß ihm jedes Verständnis für die neuen Verhältnisse im Staate abgeht. Herr Regierungsrat Hartwig hat sich darauf vorzubereiten, in der **nächsten Zeit aus seiner jetzigen Stellung versetzt zu werden.** gez.: Sepp Oerter."

„Wenn mich meine Gegner lobten, habe ich mir überlegt, ob ich nicht auf dem falschen Wege bin", sagte August Bebel. Sepp Oerter ist auf dem richtigen Wege. Die bürgerliche Meute fällt wegen seines Vorgehens gegen diesen Reaktionär über unsern Genossen her, vor allem die „Magdeburgische Zeitung". Diese redet von gewissenlosen roten Machthabern, die eines Tages erleben können, daß die höheren Verwaltungsbeamten ihnen den Dienst aufkündigen mit dem Ausspruch des Sachsen-Königs, als dieser das Feld räumte: „Macht doch euren Dreck alleene". Sie werden sich hüten, und wenn sie es doch täten — solche Beamten, die ihr Amt so jämmerlich verwalten, sind durch schlichte Arbeiter jederzeit zu ersetzen.

Den Rechtssozialisten in der Reichsregierung aber wollen wir dies Musterbeispiel für den Umgang mit widerspenstigen und sabotierenden reaktionären Bureaukraten warm zur Nachahmung empfohlen haben.

Die Geheimnisse des Obersten Freiberg

Der russische Oberst Freiberg, über den die Vertretung der russischen Sowjetregierung dem Auswärtigen Amt so belastendes Material unterbreiten konnte, ist Gott sei Dank nun die belastenden Papiere losgeworden. Geheimnisvolle russische Einbrecher haben in seiner Abwesenheit in aller Ruhe die gesamten Papiere in Koffer gepackt und fortgeräumt. Die Frau des Herrn Obersten und sein Freund haben stillschweigend und ohne den Versuch einer Abwehr dieser geheimnisvollen Entführung zugeschaut. Obwohl auf der Straße eine große Menschenmenge versammelt war, so daß es der Frau Oberst und ihrem Freunde ein Leichtes gewesen wäre, die Hilfe der Menge gegen die falschen Kriminalbeamten anzurufen, sind diese seltsamerweise unerkannt entkommen.

Es entsteht nun die Frage, wer das meiste Interesse am Verschwinden dieser Dokumente hat. Offenbar nicht die Sowjetvertretung, denn jetzt könnte sie, ohne den Verdacht der Beteiligung zu erwecken, niemals dem Auswärtigen Amt weitere Beweisstücke zuführen. Sie hätte also selbst die Möglichkeit einer Untersuchung gegen den Obersten Freiberg verhindert. Seltsamerweise hat noch niemand in der bürgerlichen Presse den klugen Gedanken gehabt, daß auch der russische Oberst Freiberg selbst ein riesiges Interesse am Verschwinden dieser Papiere haben könnte. Schon längst hätte eigentlich in seiner Wohnung die Kriminalpolizei all diese Papiere beschlagnahmen müssen. Es ist ihm aber nunmehr noch rechtzeitig gelungen, sie durch einen fingierten Einbruch beseitigen zu lassen.

Dieser Verdacht liegt sehr viel näher als der umgekehrte, denn ein Einbruch von bolschewistischer Seite wäre die größte Torheit, die geschehen könnte. Vielleicht stehen uns in dieser Hinsicht noch überraschende Enthüllungen bevor.

Orgesch- und Pfeffer-Ersatz

Der altbekannte Hauptmann Pfeffer, Freikorpsheld und Baltikumhäuptling seligen Angedenkens, hat nach dem Fehlschlagen des Kapp-Putsches sich Mühe gegeben, eine neue militärische Organisation ins Leben zu rufen, die gewissermaßen einen Ersatz für die der Auflösung verfallenen Freikorps bilden sollte. Er gründete eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft, in die nur ehemalige Soldaten aufgenommen und auf den Gütern als harmlose Landarbeiter untergebracht wurden. Die Organisation war aber rein militärisch aufgezogen. Es wurden Werbungen vorgenommen und zwar getrennt nach Waffengattungen. Die Arbeitsbezirke wurden in Kompagniebereiche eingeteilt und die auf den Gütern untergebrachten Soldaten listenmäßig geführt, so daß sie jederzeit mobilisiert werden konnten.

Die famosen Sondergerichte des Herrn Fritz Ebert hatten gegen diese Arbeitsgemeinschaften, die alle Merkmale einer militärischen Geheimorganisation trugen, nichts einzuwenden. Mit der Pfefferschen Organisation beschäftigte sich nach langem Drängen durch die Presse schließlich doch einmal ein Sondergericht. Der Prozeß endete, wie vorausgesagt wurde, mit einem Freispruch. Die Arbeitsgemeinschaft Pfeffer war also, nach dem Spruch des Sondergerichts, keine verkappte militärische Organisation. Einige Wochen später kämpfte sie jedoch unter Pfeffers Führung in Oberschlesien; das war ein Nasenstieber für das Gericht und alle diejenigen, die an seine Objektivität glaubten.

Jetzt sind nun die Arbeitsgemeinschaften ehemaliger Soldaten zu einer großen Organisation zusammengeschlossen worden. In Potsdam wurde die „Reichsarbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten" (Arges) gegründet. Sie hat in der Friedrichstraße in Berlin ein Werbebureau eingerichtet. Vor den Arbeitsnachweisen werden Handzettel verteilt, die freie Arbeitsstellen anbieten. Arbeitslustige, die sich melden, werden nach Vorlegung des Militärpasses angenommen, nach Ausfüllung eines Arbeitsvertrages in kleine Gruppen zusammengestellt und unter Führung eines Chargierten in alle möglichen Teile Deutschlands abtransportiert. Auch die Fürsorgestelle des Roten Kreuzes überweist dem Werbebureau Flüchtlinge zur Arbeitsvermittlung.

Von dem militärischen Charakter dieser Einrichtung abgesehen, ergibt sich noch folgendes: Der Handelsminister hat in einer Verfügung an den Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin die Neueinrichtung von Stellenvermittlungen als nicht erwünscht bezeichnet. Er hat angeordnet, daß die Bedürfnisfrage besonders streng geprüft werden müsse. Wir fragen nun, was der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin zu der Werbestelle der Reichsarbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten sagt? Hat er dieser Organisation die Genehmigung zur Errichtung einer Stellenvermittlung erteilt und mit welcher Begründung? Hält er diese Neueinrichtung mit dem Erlaß des preußischen Handelsministers vereinbar?

Wir erwarten darauf eine klare Antwort und bleiben natürlich dessenungeachtet bei unserer Feststellung, daß die Arbeitsvermittlung nur ein Vorwand ist. Die eigentliche Bestimmung der angeworbenen Soldaten ist nach dem Willen der Führer nicht die Arbeit, sondern der Kampf gegen die Republik. Wer auf Grund der bisherigen Erfahrungen zu dieser Erkenntnis noch nicht gekommen ist, den wird die Zukunft eines Besseren belehren.

Keine Regierungskrise in Sachsen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Dresden, 27. Juli.

Die bürgerliche Presse bringt wieder einmal Mitteilungen, daß in Sachsen eine Regierungskrise bestehe. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Der Sonderausschuß des Landtages verhandelte am Montag und Dienstag über die Grund- und Gewerbesteuervorlage der Regierung. Unsere Fraktion erklärte grundsätzlich, sie sei gegen derartige Steuern. Da aber die Länder in ihrer augenblicklichen Finanzlage und vom Reiche aus nach den Bestimmungen des Landsteuergesetzes zu diesen Steuern gezwungen seien, so würden sie bemüht sein, soziale Ungerechtigkeiten zu mildern und die Minderbemittelten nach Möglichkeit frei zu halten. Eine landesrechtliche Regelung dieser Steuern aber ist geboten, weil sie sonst von den einzelnen Gemeinden eingeführt wird und dadurch eine eigentümliche Buntscheckigkeit auf diesem Gebiete entstehen wird. Am meisten benachteiligt würden dadurch die Arbeiter. Gemeinden, mit Arbeiterbevölkerung, die infolge ihrer geringen Einkommensteuereinnahme zu den Steuern greifen müssen, werden dort, wo die Arbeitervertreter in der Minderheit sind, die Steuern so gestalten, daß die Besitzenden geschont, die breiten Massen aber stark benachteiligt werden. Das müßte durch eine landesrechtliche Regelung verhütet werden.

Die Verhandlungen spitzten sich schließlich auf zwei Fragen zu: sollen die Genossenschaften (Konsumvereine) von der Besteuerung freibleiben? Soll die Betriebsanlage mit zu dieser Steuer herangezogen werden? Die bürgerlichen Parteien verneinten beide Fragen, die erste aus Rücksicht auf ihre Wähler aus den Reihen der selbständigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die die Konkurrenz der Konsumvereine fürchten. Die zweite aus Rücksicht auf diejenigen ihrer Wähler, die sich nicht in das Innere ihres Betriebes hineinsehen lassen wollen. Da die S. P. D. wohl für die Besteuerung der Konsumvereine, nicht aber für die Freilassung der Betriebsanlagen zu haben war, wurde die Regierungsvorlage schließlich mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten abgelehnt. Wie die Abstimmung am Freitag im Plenum des Landtages ausfallen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sind die Sieger selbst bedenklich geworden. Die Bürgerlichen hätten ja die Vorlage angenommen, wenn diese die Besitzer mehr geschont hätte. Die Kommunisten aber haben mit ihrer Abstimmung den Arbeitermassen in den einzelnen Gemeinden geschadet.

Von einer Regierungskrise zu sprechen, wie es, weil bei ihnen der Wunsch der Vater des Gedankens ist, die bürgerlichen Parteien tun, erscheint völlig hinfällig. Heute wird das Gesamtministerium zur Sachlage Stellung nehmen.

Was geht in Breslau vor?

In Breslau gehen Gerüchte um, daß ein Teil der Breslauer Sicherheitspolizei entwaffnet und aufgelöst sei. Man habe diese Truppen nach Berlin abtransportiert und Berliner Schutzpolizei nach Breslau geschafft. Angeblich soll diese Auflösung erfolgt sein, weil sich in der Breslauer Schutzpolizei „kommunistische Umtriebe" (!!!) bemerkbar gemacht haben. Aus der reaktionären Amtssprache in ein erträgliches Deutsch übersetzt, heißt das, daß es den Herren in Breslau sehr unangenehm aufgestoßen ist, daß ein Teil der Breslauer Schutzpolizei sozialistisch, bei weitem aber nicht kommunistisch gesinnt ist. Wenn nicht ausgerechnet Herr Dominicus Polizeiminister in Preußen wäre, so wäre eine objektive Aufklärung über diese Angelegenheit zu erwarten. So aber wird nichts anderes übrig bleiben, als die Vorgänge in Breslau sorgfältig weiter im Auge zu behalten.

Wie ein junger Genosse Whitmann kennen und lieben lernte

In der „Sozialistischen Jugendgemeinschaft", die von Jugendgenossen geleitet und geschrieben wird (Redaktion: Alfred Flatau, Berlin N. 20, Weißenseer Straße 7), schildert Paul Plotke-Leipzig, wie er Whitman kennen und lieben lernte. Wir geben den Artikel mit besonderer Freude wieder. Erstens, um die junge Zeitschrift, die ein paar tapfere, nach geistiger Selbständigkeit strebende junge Proletarier herausgeben, zu fördern, zweitens, um anderen Jugendgenossen zu zeigen, wie ein eifriger, aufgeweckter junger Genosse sich den geistigen Besitz des größten sozialistischen Dichters zu erwerben verstanden hat: ein schönes Beispiel, das Nacheiferung verdient.

Vor zwei Jahren etwa las ich eine Lebensbeschreibung über ihn. Sie stand in der „Freien Jugend" Nr. 1 (Sozialistische Jugendzeitschrift, herausgegeben im Auftrage der USP., Verlag der „Freiheit", Berlin). Anna Siemsen war die Verfasserin. Einige Stellen aus den Hymnen für die Erde waren als Beispiel seiner Dichtungsart abgedruckt und angemerkt, daß sein Hauptwerk, die „Grashalme", bei Reclam (Nr. 4891 bis 92a), und eine andere Auswahlübertragung als „Hymnen für die Erde" im Inselverlag erschienen seien.

Ich faßte die Anregung auf und kaufte mir die „Grashalme" (die in der Reclamausgabe heute 4,50 M. kosten). Ein Bild des Dichters ist vorn im Buch: Der Amerikaner Whitman, im besten Mannesalter, in Farmerkleidung, einen Schlapphut mit breiter Krämpe auf dem Kopfe, das gütige Auge geradeaus blickend. Auch Johannes Schlaf, der Uebersetzer dieser Ausgabe der „Grashalme", hat eine Biographie dazu geschrieben, und so prägte ich es mir denn ein: daß Walt Whitman im Jahre 1819 zu West Hills auf Long Island, einer Insel, die New York vorgelagert ist, geboren wurde. Beim Nachdenken fand ich, daß die Jahreszahl der Geburt Whitmans, 1819, in direkte Aufeinanderfolge zu bringen ist mit den Geburtsjahren zweier anderer bedeutender Männer: Marx und Engels! Marx: 1818, Whitman: 1819, Engels: 1820. —

Als ich mich in die Gesänge vertiefte, fand ich, daß sie etwas ganz anderes sind, als die Gedichte Schillers, Heines oder Freiligraths, die metrisch exakt aufgebaut sind und sich nach den Gesetzen der klassischen Vers- und Reimlehre richten. Es fehlt jeder Reim; auch von Strophenaufbau konnte ich nichts merken, und die zeilenweise Niederschrift der Sätze kann man nicht als Versmaß ansehen.

Doch gar erst der Inhalt dieser Gesänge, die, in ganz ungebundener Rede, doch so poetisch wirken! Ganz ungewohnte Themen schlägt Walt an. In seinen Dichtungen ist nicht von sagenhaften Märchen- oder geschichtlichen Heldengestalten die Rede, nicht nur von einzelnen Menschen, ihren Schicksalen und Wandlungen; nein, alles, was ist, umfängt er in seinen Dichtungen! Und wenn Walt „sich selbst" singt, so ist auch er nicht allein das Thema des Gesanges, sondern er ist der Mittler, der Hindeuter auf alles, was sein Auge sieht, sein Ohr hört, sein scharfer, allumfassender Geist erkannt hat! Er jubelt die Erkenntnisse der Wissenschaft hinaus und ruft zur allgemeinen Kameradschaft und Liebe auf!

Da ich nun sehr begeistert von diesen Gesängen war und eine Zeitlang gar nichts anderes lesen mochte, drängte es mich, auch meine Genossen mit diesen Gedichten bekannt zu machen.

An einem Sonntag Spätnachmittag, las ich vor einer Gruppe von vielleicht 50 jungen Menschen. Sie waren seit drei Stunden vorher im Spiele herumgetollt und hatten wohl wenig Andacht. Dennoch waren sie nicht unruhig, soviel ich bemerken konnte. Doch ein älterer Genosse sagte mir nachher, er glaube nicht, daß diese Vorlesung Zweck gehabt habe; in den letzten Reihen der Jungen sei große Unaufmerksamkeit gewesen, und bei den erhabensten Stellen haben manche gelacht. . . . Ich war schmerzlich berührt und ließ die „Grashalme" lange Zeit liegen. —

Dann wünschte eine andere Gruppe, die schon öfters literarische Veranstaltungen gehabt hatte, einen „Walt Whitmann-Abend", den ich ausführen sollte. Ich bereitete mit einer Genossin zusammen, die durch meine erste Vorlesung angeregt worden war, die „Grashalme" gekauft und sich wunderbar eingelesen hatte, die Sache vor. Wir trafen eine sorgfältigere Auswahl. Die Vorlesung der anfangs erwähnten Biographie von Anna Siemsen bildete die Einleitung. Dann folgten einige der Widmungen, aus: Gesang von mir selbst, Nr. 40 und 34; aus: Kinder Adams „Ich singe den Leib . . ."; aus: Calamus „Für dich, o Demokratie"; „Wenn ich von dem erkämpften Ruhm der Helden lese" (kürzlich in der Berliner „Freiheit" abgedruckt); „Wie ich bekümmert und voll Sehnsucht jetzt hier sitze"; aus: Herbstbächlein „An ihn, der gekreuzigt ward". — Als die Zuhörer noch nicht genug hatten, las ich noch „Erzelsior" (aufwärts!) (Reclam Seite 230), und die Genossin trug „Die Sängerin im Gefängnis" (S. 217) vor. Dies Gedicht brachte sie zu großer Wirksamkeit dadurch, daß sie den Text des Liedes, das die Sängerin im Gefängnis singt, auch wirklich sang, nach einer Melodie, welche sie sich selbst gemacht hatte.

Mancher der Zuhörer, selbst von jüngeren, sagte nachher, wir sollen doch bald wieder mal was von Walt Whitman lesen! —

Wir hatten schon von vornherein die Wirkung in der Art vorbereitet, daß wir mit den jungen Genossinnen und Genossen, die natürlich wieder vorher eine Stunde Tanzspiele machten, zusammen tanzten, mit jedem einzelnen, die wir vorher noch nicht kannten, in liebevolle Berührung kamen, wodurch uns dann ihre Aufmerksamkeit beim Lesen sicher war. Auch setzten wir uns alle eng zu sammen in einem Halbkreis, so daß eine traute Stimmung zustande kam. —

Ich gewann Walt immer lieber. Beim Studieren von Ferdinand Freiligraths Werken fand ich, daß dieser einer der ersten war, welcher Walt Whitmans Gesänge in Auszügen in die deutsche Sprache übersetzte, vor allem das herrliche: „Ueber das Schlachtfeld . . ." (In: Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke, neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden, eingeleitet von Rudolf v. Gottschall, Hamburg, Hansaverlag, auf Seite 292 des 2. Bandes. — In: Freiligraths sämtliche Werke in 9 Bänden, Einleitung von Schmidt-Weißenfels, Berlin-Leipzig, Th. Knaur Nachf., im sechsten Band, Seite 31.) Schon in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" vom 24. April 1868 hat Freiligrath einige Gedichte Whitmans veröffentlicht und eine Lebensbeschreibung von ihm gegeben.

Ich las auch Johannes Schlafs Monographie „Walt Whitman" (Dichtung, Bd. 18, Schuster u. Loeffler, Berlin 1904), die mir jedoch nicht gefiel und mich nur wegen der beigegebenen Bilder und Faksimiledrucke und der Wiedergabe einiger Gesänge und Briefe an seine Mutter in der Ursprache interessierte.

Und nun habe ich mir in der städtischen Bücherhalle „Walt Whitman", Ein Leben von Henry Bryan Binns, autorisierte Uebersetzung von Joh. Schlaf (H. Haessel Verlag, Leipzig) zum Studieren geholt. Dieses Buch ist nach Schlafs Vorwort (1906) das ausführlichste und liebevollste Buch der ganzen Whitman-Literatur. — — —

Die jüngst Schulentlassenen und Jüngeren in unserer Bewegung werden kaum Geschmack an den Werken dieses Dichters finden, und es wäre zwecklos, ja schädlich, ihnen Whitman aufdrängen zu wollen. (Das glauben wir allerdings nicht. Die Redaktion.) Doch alle Aelteren, alle Anhänger unseres Gemeinschaftsgedankens, sollten Whitmans „Grashalme" lesen.

Stimmt Ihr nicht alle freudig zu, wenn Walt beispielsweise ausruft (in dem Gedicht: „An ihn, der gekreuzigt ward", Reclam Seite 219):

Die wir alle miteinander wirken und denselben Beruf über-liefern und die gleiche Aufeinanderfolge,
Wir wenigen Gleichen, aus allen Ländern und allen Zeiten,
Wir, die wir alle Kontinente umschließen, alle Kasten und Theologien gestalten;
Wir Mitleidsvollen, Erkennenden, wir Einiger der Menschheit;
Schweigend schreiten wir durch Dispute und Behauptungen, verwerfen keinen Streitenden, noch irgendeine Behauptung;
Wir hören Gewühl und Geschrei; Spaltungen bringen auf uns ein, Eifersucht und Anschuldigung von allen Seiten;
Dennoch wandern wir unbehindert, frei, über die ganze Erde, ziehen hin und her, bis wir unsere unlilgbare Spur auf alle Zeiten und Zeitalter geprägt haben;
Bis wir Zeiten und Zeitalter durchdrungen haben, bis Männer und Weiber aller Rassen, in kommenden Jahrhunderten, Brüder sind und Liebende gleich uns!

Helgoländer Landesverrat

Sie wollen keine Steuern zahlen.

Vor einigen Tagen gingen Mitteilungen durch die Presse, daß England Absichten auf Helgoland habe, und daß die britische Admiralität der englischen Regierung eine Denkschrift bezüglich der Wiedergewinnung Helgolands für die großbritannische Flotte eingereicht habe. Weitere Mitteilungen aber haben deutlich erkennen lassen, daß diese Bestrebungen mehr noch als von den Engländern von der kleinen Schicht der Besitzenden auf Helgoland ausgehen. Im Unterhaus hat die englische Regierung erklärt, daß sie amtlich von einer solchen Denkschrift keine Kenntnis habe. Dagegen ist in Deutschland eine Denkschrift der Helgoländer im Umlauf, die die Wünsche der dortigen besitzenden Kreise enthält.

Die Bestrebungen der Helgoländer reichen in das vergangene Jahr zurück. Bereits kurz nach dem Zusammentritt des Reichstages im Juli 1920 legte die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vor, der durch eine Aenderung der Reichsverfassung die Möglichkeit schaffen wollte, die Ausübung des Gemeindewahlrechts von einer längeren als der einjährigen Ansässigkeit abhängig zu machen. Die Unabhängige Fraktion erklärte sich damals gegen die Erfüllung der Sonderwünsche der Alt-Helgoländer, die die Interessen der Arbeiter und der Allgemeinheit ungemein schädige. Der Gesetzentwurf aber wurde angenommen und auch im Landtag die Verlängerung der Ansässigkeit für die Ausübung des Wahlrechts beschlossen. Die Folge dieser Maßnahme war, daß bei den Wahlen zur Gemeindevertretung eine Zweidrittelmehrheit der reichen Alt-Helgoländer geschaffen wurde, während trotz der tausende von Arbeitern, die auf Helgoland wohnen, nur zwei Sozialdemokraten und ein Vertreter der Gruppe gewählt wurde, die unter dem alten Zustande bei Deutschland bleiben will.

Die Ursache der Bestrebungen nach Aenderung der jetzigen staatlichen Zustände in Helgoland ist neben dem Wunsch der besitzenden Kreise, ihre Vorrechte trotz des allgemeinen Wahlrechts gegenüber den neuzugezogenen Arbeitern gesichert zu erhalten, die Absicht, sich von dem Zahlen der Reichssteuern zu drücken. Der Patriotismus dieser Leute hört, wie der der Besitzenden überhaupt, bei der Antastung des Geldbeutels auf und steigert sich zum offenen Landesverrat, wenn die Erfüllung ihrer Forderungen nicht soweit geht, wie ihre Steuerscheu es verlangt.

Bezeichnend für das „Verständnis", daß die Besitzenden für die Steuerscheu ihrer Kreise aufbringen, ist die Haltung der bürgerlichen Presse. Sie ist völlig damit einverstanden, daß die preußische Regierung den Alt-Helgoländern soweit entgegengekommen ist, daß sie ihnen das auf den Staat entfallende Drittel der Steuern erläßt. Sie findet aber kein Wort der Entrüstung darüber, daß diese Kreise, nur um ihren Geldbeutel zu schonen, selbst die Verbindung mit dem angeblichen Erbfeind angeknüpft haben. Die alldeutsche Presse aber natürlich, die richtet ihren Haß nicht gegen jene Helgoländer, die durch ihre Anbiederung bei England Landesverrat verübt haben, sondern sie speit Gift und Galle gegen das perfide Albion!!

Die Sehnsucht nach der Stinnespartei

Das „Berliner Tageblatt" berichtet einige sehr interessante Einzelheiten aus der Generalversammlung der Rechtssozialisten Hannovers. Danach wandte sich die Versammlung gegen die starre Festlegung der Fraktionen durch Parteitagsbeschlüsse und nahm folgenden Antrag zum Görlitzer Parteitag an:

„Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion haben bei Regierungsbildung ihre Entscheidung im Einvernehmen mit Parteivorstand und Parteiausschuß zu treffen."

Ein Antrag, demzufolge die Generalversammlung das Nichteintreten der preußischen Landtagsfraktion in die preußische Regierung billigen sollte, wurde von Leinert bekämpft und alsdann nahezu einstimmig abgelehnt. Die Rechtssozialisten in Hannover also sprechen sich unumwunden für das Zusammengehen mit der Stinnespartei aus, das die rechtssozialistische Partei bisher schroff abgelehnt hat. Ein bedeutsames Symptom!

Bestrafung des Schleichhandels

Bei der Anwendung des § 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1920 über Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände sind Zweifel darüber hervorgetreten, ob § 7 auch auf Zuwiderhandlungen gegen Regelungsvorschriften, die nach dem 31. Dezember 1920 aufgehoben sind oder in Zukunft aufgehoben werden, Anwendung findet. Im Einklang mit dem Wortlaute des Gesetzes und der Entstehungsgeschichte hat das Reichsgericht dieser vom Rechtsausschuß des Reichstages eingeführten Vorschrift in einer Entscheidung vom 10. Februar 1921 die Anwendung des § 7 auf diese Fälle verneint, indem es ausführt:

„Die Vorschrift enthält nicht einen allgemeinen Ausdruck des gesetzgeberischen Willens dahin, daß Verfehlungen gegen Regelungsvorschriften nach deren Aufhebung nicht mehr strafwürdig sein sollen. Hätte solches in der Absicht des Gesetzgebers gelegen, so hätte es bei der Aufhebung der Regelungsvorschriften bestimmt werden müssen und zwar allgemein auch für Zuwiderhandlungen, die beim künftigen Wegfalle gegenwärtig noch bestehender Versorgungsregelungen noch nicht abgeurteilt sein werden; nicht aber hätte der Ausschluß nachträglicher Bestrafung — wie es im § 7 geschehen ist — auf die „bisherigen" Zuwiderhandlungen gegen aufgehobene Regelungsvorschriften beschränkt werden können."

Diese Entscheidung, die bisher nicht allgemein bekannt geworden ist, wurde, wie die P. P. N. erfahren, vom Preußischen Justizminister in einer Allgemeinen Verfügung vom 19. Juli 1921 zur Kenntnis der Preußischen Justizbehörden gebracht. Die Strafverfolgungsbehörden werden angewiesen, in Fällen der gedachten Art von einer Einstellung des Verfahrens auf Grund des § 7 abzusehen.

Deutschlands Kohlenerzeugung

Im ersten Halbjahr 1921 stellt sich die Steinkohlengewinnung nach amtlicher Statistik auf 60 947 480 To. gegen 61 889 897 To. im gleichen Zeitraum 1920 jedesmal ohne Saarrevier und Pfalz und für 1921 ohne Oberschlesien für die Monate April bis Juli. Für das letzte Friedensjahr 1913 beträgt die entsprechende Ziffer 93 577 987 To., und ohne Elsaß-Lothringen, Saarrevier und Pfalz 84 670 967 To. Die Minderförderung der beiden letzten Jahre gegenüber 1913 ist also noch immer recht erheblich. Wichtiger aber ist die Feststellung, daß trotz des Fortfalls der Ueberschichten im Ruhrgebiet die Erzeugung im ersten Halbjahr 1921 nur um etwa 900 000 To. geringer war als in dem gleichen Zeitraum 1920. Diese Minderung dürfte aber in der Hauptsache auf den Ausfall der oberschlesischen Produktion in den Monaten April, Mai und Juni zurückzuführen sein.

An Braunkohlen wurden gleichzeitig 59 782 812 To. (i. V. 52 204 380 To. und 1913 41 900 158 To.) gewonnen. Hier ergibt sich also eine ansehnliche Zunahme. Die Kokserzeugung beträgt 13 504 475 To. (11 633 824 To. und 15 065 685 To.). Die Preßkohlengewinnung aus Steinkohlen beziffert sich auf 7 707 012 Tonnen (2 230 195 To. und 2 878 665 To.) und die Preßkohlengewinnung aus Braunkohlen ist auf 13 680 985 To. (11 411 925 To. und 19 303 617 To.) gestiegen.

Der Frankfurter Kommunistenprozeß

In der Fortsetzung der Vernehmung der Angeklagten in dem Kommunistenprozeß wollen die meisten Angeklagten mit der K. O. nichts zu tun haben. Unter den militärischen Aufgaben, die sich unter dem in einer Kiste vorgefundenen Material vorfanden, befindet sich eine von der Leitung Groß-Berlin gestellte detaillierte Aufgabe, die sich mit der Einnahme des von der Weißen Armee verteidigten Bendler-Blockes durch die Rote Armee befaßt. In weiteren Aufzeichnungen ist von Zugführerabenden die Rede. Im August wurden noch Fragen über das Vorhandensein von Flugzeugführern und ausgebildeten Bombenwerfern gestellt. Kunz entgegnete, daß er das Gefühl habe, daß diese rein militärischen Schriftstücke Falsifikate seien, die in irgendeinem Bureau hergestellt und in die Kiste eingeschmuggelt worden seien. Unter seinen Genossen sei niemand so militärisch ausgebildet, daß er derartige Aufgaben stellen könnte.

Armbrecht bestreitet, von diesem Material vorher Kenntnis erhalten zu haben. Er schiebt die Schuld auf den sogenannten Adjutanten Feindt, der vielleicht Spitzeldienste geleistet habe. In einem Situationsbericht der Reichsleitung finden sich genaue Vorschriften über das Ausheben von Waffenlagern der Orgesch und über Freiwillige zur Entwaffnung der Sipo. — Vorsitzender: „Es ist in anderen Prozessen festgestellt, daß in Berlin eine wohlorganisierte Leitung bestand, die die Putsche in Mitteldeutschland veranlaßte." — Armbrecht: „Damit haben wir nichts zu tun. Die Berliner Zentrale, der ich angehörte, ließ sich von der Reichsleitung nicht hineinreden. Das beschlagnahmte Material rührt größtenteils von Feindt her."

Der Vorsitzende hält Armbrecht, der damals jedes Vorhandensein von Flugzeugen in Abrede stellte, vor, daß ein gewisser Berkhold wiederholt als Kurier nach Moskau in einem Flugzeug geflogen ist, so daß also den Kommunisten auch Flugzeuge zur Verfügung gestanden hätten. Armbrecht will davon nichts wissen. Beim Kapp-Putsch habe man sich dem Polizeipräsidenten zur Verfügung gestellt und sei zum Dank dafür fünf Tage später verhaftet worden. Der Angeklagte Deufrain bestreitet, daß in Frankfurt eine illegale Kampforganisation bestanden habe. Nach seiner innersten Ueberzeugung könne nur die K. A. P. D. die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten.

Verhaftungsfieber in Ungarn

Nachdem vor einigen Tagen, wie gemeldet, linksstehende Journalisten unter dem Verdacht, für die Wiener ungarischen Zeitungen Nachrichten herausgeschmuggelt zu haben, verhaftet worden sind, hat die Polizei nunmehr weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternommen. Gestern wurden der ehemalige Staatssekretär und pazifistische Politiker Adam Perjiar sowie der Parteisekretär Dr. Rejöd verhaftet. Ueber diese Maßnahme wurde nur ein kurzer Bericht an die Presse herausgegeben, wonach die Verhafteten die Leiter einer großzügigen Verschwörung liberaler Kreise mit dem Auslande seien. Ueber die Tatsachen, die dieser Anklage wegen Landesverrat zugrunde liegen, erfährt die U. K. folgendes:

Schon seit längerer Zeit war es aufgefallen, daß die in Wien erscheinenden ungarischen Zeitungen, die linksradikale „Bécsi Magyar Ujság" und der gemäßigte „Jövö" über die politischen Vorfälle in Ungarn sehr gut unterrichtet waren und einen viel zuverlässigeren Nachrichtendienst darüber unterhielten, als die zensurierten Budapester Blätter. Selbst die Dokumente über vertrauliche Parlamentssitzungen und Ministerräte, sowie die geheimsten militärischen Akten gelangten in kürzester Zeit in vollem Wortlaut in den Wiener Zeitungen zur Veröffentlichung. Die Regierung behauptet, jetzt auf die Spur der Berichterstatter dieser Blätter gekommen zu sein. Einige Abgeordnete der Nationalversammlung sollen in die Angelegenheit verwickelt sein und man erwartet weitere Aufsehen erregende Verhaftungen. Das Verfahren gegen diese Personen wird auf Grund des neuen Gesetzes zum „Schutze der staatlichen Ordnung", welches die Verbreitung ungünstiger Nachrichten über Ungarn in der ausländischen Presse mit Gefängnis bis zu 10 Jahren bedroht, eingeleitet werden.

In politischen Kreisen erregen diese Regierungsmaßnahmen großes Aufsehen, da man in ihnen den Gegenstoß des Kabinetts Bethlen auf die Angriffe der Opposition erblickt. Besonders die Partei der kleinen Landwirte macht aus ihrer Unzufriedenheit mit den jüngsten politischen Vorgängen kein Hehl, und ihr Vertreter in der Regierung, Szabo Nagyatád, will sich aus „Gesundheitsrücksichten" in der nächsten Zeit von der gemeinsamen Tätigkeit des Ministeriums zurückziehen. Seine Stellvertretung übernimmt der Staatssekretär Johann Meyer.

Der Liller Kongreß

Paris, 27. Juli.

Der Gewerkschaftskongreß hat am Montag nachmittag die Diskussion über den Tätigkeitsbericht der C. G. T. begonnen. Die beiden ersten Redner, ein Delegierter der Handelsangestellten von Bordeaux und ein Vertreter der Dockarbeiter in Brest, sprachen für die alte Mehrheit. Namentlich der erste Redner wandte sich scharf gegen die Moskauer Internationale und sagte, er ziehe es vor, immer mehr Wohlstand zu erobern, als eine Revolution mitzumachen, die nur das Elend vermehre.

In dem Augenblick, als Monnosceau (Kommunist) das Wort nehmen wollte, fingen Mehrheitler und Minderheitler an, sich zu beschimpfen. Die Kommissare versuchten Ordnung zu schaffen, indem sie auf die Tische sprangen und mit Gummischläuchen (?) nach den Kongreßlisten schlugen. **7 bis 8 Pistolenschüsse wurden abgefeuert.** Die Leute ergriffen die Flucht, und mehrere Personen, darunter auch Frauen, wurden verletzt, als sie nach den Türen eilten. Doch werden keine schweren Verletzungen gemeldet. Als endlich die Ruhe wieder hergestellt wurde, hob der Vorsitzende die Sitzung auf, die auf Dienstag früh vertagt wurde. Doch blieben die Delegierten im Lokal, und die Agitation nahm wieder zu. Jouhaux bezeichnete solche Ereignisse als für die ganze Arbeiterklasse beschämend. Eine Kommission wurde veranlaßt, in der Mehrheitler und Minderheitler gleich vertreten sind, um die Mittel zu studieren, mit den Arbeiten des Kongresses fortzufahren. Dann wurde die Sitzung endlich aufgehoben, und das Lokal leerte sich ohne weiteren Zwischenfall.

Ausstellungen und Messen im Ausland 1921/22. Demnächst beginnt die internationale Handelsmesse in Riga, die, durch die Lage der Stadt und die eigenartige politische Lage Lettlands begünstigt, sowohl für den Handel mit Rußland wie für den mit den baltischen und skandinavischen Ostseeländern Bedeutung hat. Die Frequenz, die sich zur Zeit im lettischen Konsulat in der Belle-Alliance-Straße zeigt, weist auf die Wichtigkeit hin, die die Rigaer Messe für den Handel mit dem Osten besitzt.

Da die vom 14.—19. August stattfindende „Deutsche Ostmesse Königsberg 1921" sich zeitlich mit der Messe von Riga verbinden läßt, so dürfte der Besuch dieser Ostmesse auch vom Ausland sehr begünstigt werden. Die Messe in Königsberg wird, wie die „Elektrotechnische Zeitschrift" ausführt, erstmals als allgemeine Mustermesse mit einer Techniker- und Baumesse veranstaltet.

In der südlichsten Großstadt Oesterreichs soll vom 24. September bis 2. Oktober die erste Grazer Herbstmesse stattfinden und dem wirtschaftlichen Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich, mit den Grenzstaaten Ungarn, Südslawien, Italien, dem Balkan und der Levante gewidmet sein.

Die in diesem Jahre stattgefundene Mustermesse in Neapel soll im nächsten Jahr (1922) bereits internationalen Charakter tragen, und schon während der diesjährigen Veranstaltung steht vorläufig der Propagandaweg auch für die außeritalienischen Handels- und Industrieunternehmungen offen.

Eine „Internationale Ausstellung in Rio de Janeiro 1922" soll zur hundertjährigen Feier der Unabhängigkeitserklärung Brasiliens vom September bis November 1922 stattfinden und u. a. eine Gruppe Industrie und Handwerk, eine solche für Handel, ferner für Schiffahrt und Flugwesen, eine weitere für Transportwesen und eine Gruppe Post und Telegraph umfassen. Wie das Ausstellungs- und Messe-Amt der Deutschen Industrie mitteilt, dürfte das Hauptgewicht der Ausstellung wohl auf elektrotechnischen Darbietungen ruhen. Die durch eine große Anzahl wertvoller Wasserfälle begünstigte Elektrisierung, namentlich des Staates Sao Paulo, schreitet immer weiter fort.

Die Fruchtbarkeit der Tiere. Die Statistiker des britischen Ackerbauministeriums beschäftigten sich kürzlich damit, die Fruchtbarkeit der einzelnen Tiere festzustellen und fanden dabei, daß das in dieser Hinsicht sprichwörtlich gewordene Kaninchen von den in England so lästigen Ratten noch weit übertrumpft wird. Nach den Angaben dieser Statistiker würde ein Paar Ratten, das sich drei Jahre hindurch ununterbrochen vermehrt, 360 Millionen Nachkommen haben. Es ist daher ein wahres Glück, daß nur der geringste Teil unter dieser reichen Nachkommenschaft am Leben bleibt. Ein Kaninchenpaar dagegen, das sich ebenso uneingeschränkt dem Geschäft der Vermehrung hingeben könnte, würde es in derselben Zeit nur auf 13 718 000 Nachkommen bringen. Ein gewöhnlicher weißer Schmetterling aber würde innerhalb von drei Jahren wenigstens 1000 Millionen Kinder bekommen können. Andererseits hat der Elefant innerhalb von 10 Jahren nur ein Baby. Hier liegen wohl die Höchstleistungen und die Mindestleistungen der tierischen Fruchtbarkeit.

Der Verband der konzertierenden Künstler Deutschlands E. V. versendet seinen Bericht über das Geschäftsjahr 1920/21, der viel interessantes Material über die Entwicklung des Verbandes enthält. Die Zahl der Mitglieder hat sich um ein Drittel vermehrt. Im Gegensatz zu den Konzertagenten hat der Verband seine Arrangementgebühren nicht um den hundertprozentigen Zuschlag erhöht. Bei der Neuordnung der Berliner Lustbarkeitssteuer ist es dem Verbande gelungen, weitere Vorteile zu erzielen. Für ernste Konzerte ist die Kartensteuer nunmehr aufgehoben und es wird nur noch ein Prozentsatz von der Bruttoeinnahme erhoben, und zwar 5 Prozent bei Karten bis zu 10 M., 10 Prozent bei Karten bis zu 30 M., und 12½ Prozent bei höheren Preisen. Auch die Luxussteuer ist durch das Einwirken des Verbandes beim Kauf von Musikinstrumenten konzertierender Künstler niedergeschlagen worden. Aus dem Kassenbericht ergibt sich, daß der Verband die Defizite der Konzertabteilung von 1918—1920 in der Höhe von 36 000 M. decken konnte. Der Verlust des Berichtsjahres beträgt leider noch immer 34 000 Mark, doch zweifelt die Verbandsleitung nicht daran, auch dieses Defizit wieder decken zu können. Als Verbandsorgan werden die „Signale für die musikalische Welt" fortan verwendet werden. Der Abonnementspreis beträgt für die Verbandsmitglieder jährlich 30 M. Das Eintrittsgeld ist auf 10 M., der Mitgliedsbeitrag auf 30 M. festgesetzt worden.

Die Freikarte. Bekanntlich genießen die Journalisten in Amerika auf den Strecken vieler Eisenbahngesellschaften freie Fahrt. Natürlich versuchen auch oft genug Unbefugte von diesem Rechte Gebrauch zu machen. Jüngst kam in einer amerikanischen Stadt ein Jüngling zur Bahn und behauptete, er habe seinen Presseausweis vergessen, sei aber Redakteur des „Daily .....". Der Zugführer, der Bescheid wußte, nahm die Mitteilung ruhig entgegen und erwiderte, das träfe sich gut, der Chefredakteur des Blattes sei im Zuge, dem wolle er den neuen Ankömmling zuführen. Ein Rückzug war nicht mehr möglich, und so folgte der junge Mann mit wenig erfreulichen Empfindungen seinem Führer. Aber wie groß war seine Verwunderung, als der große Mann kaum flüchtig von seiner Zeitung aufblickte und erklärte: Ja, das sei einer von seinen Redakteuren. Nach einiger Zeit hatte der Jüngling soviel Sicherheit wiedergewonnen, um dem Herrn Chefredakteur für sein freundliches Verhalten zu danken. Dieser aber lehnte den Dank bescheiden ab und meinte: „Keine Ursache, junger Mann, ich bin auch nicht der Chefredakteur des „Daily ....." So machen es die smarten Amerikaner!

Die neue Nummer der „Freien Welt", die der „Freiheit" morgen, Donnerstag, früh beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Hermann Essig: Aengstliche Liebe. Erzählung. — Luise Kautsky: Eine Fahrt nach Georgien (Schluß). — Heinrich Lhotzky: Der Staub — „Du sollst nicht stehlen!" — E. Fuhrmann: Photographiensammlungen. — Laube und Garten: Hausmittel im Geflügelhof. Der Garten im August. Des Kleintierzüchters Arbeiten im August. Der Zimmergarten im August. Wacholderbeeren.

Blüthner-Orchester. Das nächste Gastkonzert findet Freitag, 8 Uhr, im Blüthner-Saal unter Leitung von Theodor Müngersdorf statt. Programm: Beethoven-Abend. Karten bei Hertzsch, Engelufer 15, Orchesterbureau, Lützowstr. 76, Freiheit, Breite Str., und Abendkasse.

Vortragsabend. Ernst Friedrich spricht aus den Werken von Maxim Gorki Donnerstag, 7½ Uhr, in der Arbeiter-Kunst-Ausstellung, Petersburger Straße 30.

Generalstreik der französischen Textilarbeiter. Havas meldet aus Lille: Die Vertreter der Arbeitsbörsen von Roubaix, Tourcoing und Umgegend haben beschlossen, für den 2. August den Generalstreik in der Textilindustrie und allen anderen durch eine Lohnherabsetzung bedrohten Arbeitszweigen zu erklären.

Zeitungsverbote. Die „Düsseldorfer Zeitung", die vom 17. Juli ab auf acht Tage verboten worden war, ist nunmehr mit Wirkung vom 17. Juli ab auf weitere drei Monate von der Besatzungsbehörde verboten worden.

Das **Hamburger Landgericht** verurteilte den Herausgeber und Redakteur der „Hamburger Warte" wegen Beleidigung des rechtssozialistischen Polizeisenators Henze zu 5000 Mark Geldstrafe, eventuell ein Jahr Gefängnis. Der Generalstaatsanwalt hatte nur 3000 Mark beantragt.

Tarifabschluß der pommerschen Landarbeiter. Nach Beendigung des vorpommerschen Landarbeiterstreiks führten Verhandlungen zwischen den Gutsbesitzern und den Landarbeitern zur Beseitigung der Differenzen und zu einem Tarifabschluß zwischen ländlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Zum 10. Kongreß der Interparlamentarischen Union, der vom 16. bis 19. August in Stockholm stattfindet, liegen bisher Anmeldungen vor aus Deutschland, Kanada, Dänemark, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Japan, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz, Spanien, den Vereinigten Staaten, Ungarn und Oesterreich. Der Kongreß wird u. a. folgende Fragen behandeln: Die Interparlamentarische Union und der Völkerbund, die Interparlamentarische Union und das Internationale Arbeitsbureau, die Einschränkung der Rüstungen, die internationale Wirtschaft und das Finanzproblem, Wiederaufbau der Welt und der Völkerbund, die Organisation des Untersuchungs- und Einigungsverfahrens innerhalb des Völkerbundes.

Groß-Berlin

Das Erholungsheim der Berliner Straßenbahner

An der sanft geschwungenen mecklenburgischen Ostseeküste, in dem freundlichen Brunshaupten, hebt sich an der Lindenstraße inmitten der Ortschaft ein schmuckes Giebelhaus aus dem Grün der Bäume, das Erholungsheim der Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahn, das diese aus eigener Kraft für die Genesung und Ausspannung ihrer Mitglieder von der Berufskrankheit der Straßenbahner, der Nervosität, erworben hat. Nach dem soeben vollendeten Um- und Erweiterungsbau wurde das Erholungsheim dieser Tage von einer aus Vertretern der Stadt Berlin und aller Kreise des Berliner Straßenbahnwesens bestehenden Kommission besichtigt und seiner Bestimmung übergeben. Der Vorstand und der Ausschuß der Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahn, Vertreter der Angestellten- und Betriebsräte, Bürgermeister Ritter als Vertreter der Stadt Berlin und einige Mitglieder der Verkehrsdeputation, Vertreter der beteiligten Berufs- und Fachverbände und der Geschäftsführer der Krankenkasse nahmen an der Besichtigungsfahrt teil.

Das Erholungsheim in Brunshaupten ist aus einem ehemaligen großen Pensionshaus entstanden und wird jetzt für die Betriebskrankenkasse von der früheren Besitzerin als Oberin verwaltet. Durch den Umbau ist aus dem Dutzendpensionshaus ein behagliches Heim geschaffen worden. Den Pfleglingen, von denen bereits 45 die Ruhe, Meeresluft und das Seebad genießen, und von denen insgesamt 60 bis 70 aufgenommen werden können, stehen außer den geräumigen und mit modernen, zweckmäßigen Möbeln ausgestatteten Schlafzimmern und Veranden eine Reihe von Gesellschaftsräumen zur Verfügung.

Auch für Winterkuren ist das Erholungsheim eingerichtet; eine vollständige Zentralheizung ist eingebaut. Auch ein Arzt- und Geschäftszimmer, sowie ein Isolierzimmer für besondere Krankheitsfälle sind vorhanden.

Ferner hat die Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahn in Graal ein dreistöckiges Doppelgiebelhaus erworben und zu einem Kindererholungsheim ausgestattet. Benachbarte Garten- und Waldflächen sollen in Obstgärten und Spielplätze umgewandelt werden. 50 unterernährte und schwächliche Kinder, im Alter von 5 bis 15 Jahren, aus allen Teilen Groß-Berlins erfreuen sich bereits in diesem Jahre der Pflege. Durch den Einbau einer Zentralheizung soll das Heim auch für Winterkuren benutzbar gemacht werden. Soweit aus dem Bericht zu ersehen ist, hat sich die Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahn in sozialer Fürsorge für ihre Mitglieder große Mühe gegeben.

Genosse Karl Moldenhauer †. Ein eifriger Funktionär des Metallarbeiterverbandes und langjähriger Parteigenosse ist in Genosse Moldenhauer dahingegangen. Er hat die Folgen einer an sich gut verlaufenen schwierigen Operation nicht überstehen können. Diejenigen Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die dem Kollegen Moldenhauer die letzte Ehre erweisen wollen, seien benachrichtigt, daß die Verbrennung am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, stattfindet.

Schweres Kraftwagenunglück bei Schildhorn. Gestern nachmittag ereignete sich bei Spandau, in der Nähe des Restaurants Schildhorn, ein schwerer Autounfall. Es wird hierüber berichtet: Ein mit sechs Personen besetztes Automobil kam in schneller Fahrt aus der Richtung Spandau angefahren. An der genannten Stelle platzte plötzlich ein Reifen, das Auto überschlug sich und wurde noch gegen einen Baum geschleudert. Sämtliche Insassen kamen unter den Kraftwagen zu liegen. Einer der Mitfahrer, der Motorschlosser Arnold Schubert aus der Wilmersdorfer Straße 162 in Charlottenburg, war sofort tot. Die übrigen, darunter auch der Lenker des Kraftwagens, trugen Kopfverletzungen davon. Die Spandauer Feuerwehr wurde von Schildhorn aus alarmiert. Sie barg die Verletzten, alle Schlosser einer Charlottenburger Automobilfirma, in deren Werkstatt der Wagen repariert worden war. Die Fahrt galt der Feststellung, ob es wieder betriebsfähig sei. Die Spandauer Polizei behielt den Lenker des Kraftwagens zur genauen Feststellung des Tatbestandes vorläufig in Haft. Der Kraftwagen selbst wurde schwer beschädigt. Er gehörte einem gegenwärtig in Berlin weilenden Freiherrn aus Wien.

Der Verband für Volksgesundheit, eine Organisation von Lebensreformern, auf pazifistischer, sozialistischer Grundlage, welche innerhalb der Arbeiterbewegung arbeitet, fordert alle Lebensreformer, Alkoholgegner, Vegetarier, Wander- und Naturfreunde, Anhänger der Naturheilbewegung von Groß-Berlin auf, am Sonntag vormittag in Berlin zu bleiben und sich restlos an der Friedenskundgebung „Nie wieder Krieg" zu beteiligen. Sammelplatz: Sonntag, den 31. Juli 1921, vormittags 9 Uhr, pünktlich, Küstriner Platz (Ostbahnhof), in der Nähe des Schlesischen Bahnhofs.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Donnerstag. Sehr warm und schwül, wieder überwiegend heiter, aber veränderlich, mit etwas Gewitterneigung und ziemlich schwachen, vorherrschend südlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Gegen die Schlichtungsordnung

Der Ausschuß des A. D. G. B. war sehr schlecht beraten, als er seine Zustimmung zum Entwurf der Schlichtungsordnung gab. Die Begründung von Paul Umbreit, die die Haltung des A.D.G.B. rechtfertigte und die fast durch die ganze Gewerkschaftspresse ging, scheint recht kritisch aufgenommen worden zu sein. Jedenfalls die Proteste kommen bereits von allen Seiten. Heute sind's die Transportarbeiter, Essen, die folgende Resolution annahmen:

„Die am 23. Juli 1921 tagende Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Essen, wendet sich scharf gegen den Entwurf einer Schlichtungsordnung, wie er dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegen hat. Sie fordert den Vorstand des Verbandes, den Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes und die Arbeiterparteien des Reichstags auf, dem Entwurf ihre Zustimmung zu versagen und die Gesamtarbeiterschaft **zum schärfsten Kampf gegen die drohende Entrechtung aufzurufen.**

Sollte das Zustandekommen des Gesetzes unter keinen Umständen zu verhindern sein, so muß wenigstens der § 55 der Verordnung **beseitigt werden.**

Der § 55 kommt einer Aufhebung des Streikrechts gleich. Die Generalversammlung erhebt gegen diese Entrechtung den schärfsten Widerspruch.

Es muß den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter selbst überlassen bleiben, ob und wann sie die Waffe des Streiks anwenden wollen. Die bisherige Tätigkeit der Gewerkschaften beweist, daß sie sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens vollauf bewußt sind. Der weitaus größte Teil aller Lohnbewegungen der letzten Jahre ist ohne Arbeitseinstellungen durchgeführt worden.

Einen Zwang zur Anrufung von Schlichtungsbehörden und zur Streikabstimmung müssen die Arbeiter und ihre Organisationen aufs schärfste zurückweisen, da dieser Zwang sich in der Praxis zu einer schweren Beeinträchtigung der wirtschaftlich Schwächeren, also der Arbeiterschaft, herausbilden würde.

Es ist weiterhin unbedingt erforderlich, daß in der Verordnung klar und eindeutig zum Ausruck gebracht wird, daß für Arbeiter und Arbeiterorganisationen aus der Nichtbeachtung der Bestimmungen der Schlichtungsordnung weder zivilrechtliche noch strafrechtliche Folgen erwachsen dürfen.

Die Generalversammlung erwartet, daß der ganze Entwurf der Schlichtungsordnung nochmals einer eingehenden Prüfung durch den Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes, den Verbandsvorstand und die Vertreter der politischen Arbeiterparteien unterzogen und dabei auch alle sonstigen arbeiterfeindlichen Bestimmungen ausgemerzt werden. (Z. B. § 44 Ernennung der Präsidenten auf Lebenszeit; § 6: notwendig ist schärfere Umgrenzung des Begriffs „Arbeitnehmervereinigungen" in gewerkschaftlichem Sinne, ferner § 88 Abs. 2.)"

Weiter richtet die am 23. Juli 1921 tagende Generalversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Essen, an den Bezirksausschuß der Freien Gewerkschaften Essens das Ersuchen, in einer der nächsten Sitzungen den Entwurf der Schlichtungsordnung zur Debatte zu stellen. So sollte überall verfahren werden, um diese Schlichtungsordnung zu verwerfen und dem A. D. G. B. seine Eigenmächtigkeiten unmöglich zu machen.

Bureaukratische Methoden in der GEG.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Eine ganz eigenartige Auffassung über Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen, die notwendig sind infolge der immer mehr steigenden Preise der notwendigsten Bedarfsartikel, hat die Geschäftsleitung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg.

Charakterisiert ist diese Auffassung in einem Rundschreiben des Hamburger Betriebsrates an die Vertrauensleute bzw. Betriebsräte der Inlandsläger, das u. a. folgendes zum Inhalt hat:

Die Geschäftsleitung macht uns Vorwürfe darüber, daß wir unsere Kollegen in den Inlandsbetrieben ständig unterrichten über alle wichtigen Vorkommnisse, wie Teuerungszulagen usw. Sie meint, daß sie es sich unter diesen Umständen reiflich überlegen müsse, den von den hiesigen Angestellten erhobenen Forderungen entgegenzukommen.

Hieraus zeigt sich, wie die Genossenschaftsbureaukraten die geringen und gerechten Forderungen der Angestellten davon abhängig macht, daß der Hamburger Betriebsrat die aufklärende Berichterstattung an die Inlandsbetriebe unterläßt, um so die Angestellten innerhalb des Betriebes zu spalten und damit machtlos gegen die Willkür der Genossenschaftsführer zu machen.

Soweit diese Mitteilung. Uns scheint, daß hier über die Stränge geschlagen wurde. In einem genossenschaftlichen Betrieb sollen doch wohl nicht Methoden ihren Einzug halten, die sonst als verpönt gelten. Vielleicht genügen diese Zeilen, um ein solches Verfahren nicht einreißen zu lassen.

Wahlerfolge

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Halle, 27. Juli.

Bei den Wahlen der Delegierten zum Metallarbeiterverbandstag in Merseburg, dessen Zahlstelle die Leunawerke angehören, wurden die Kandidaten der **Unabhängigen** (3) gewählt. Die Kommunisten, an ihrer Spitze Koenen, sind unterlegen. — In Halle wurden 4 Unabhängige und 1 Rechtssozialist gewählt.

An die Angestellten der Zigarettenindustrie

Die in der Zigarettenindustrie beschäftigten Handarbeiter befinden sich in einem schweren Kampf mit den Unternehmern. Der Verlauf des Kampfes zeigt den brutalen Machtwillen der Unternehmer.

Pflicht eines jeden Angestellten ist es, die Handarbeiter in ihrem Kampfe in jeder möglichen Weise zu unterstützen. **Streikarbeit ist strikt abzulehnen.** In Zweifelsfällen ist die unterzeichnete Geschäftsstelle zu befragen.

Gegen Angestellte, die Streikarbeit leisten, wenn auch vielleicht in verschleierter Form, wird mit allen organisatorischen Mitteln vorgegangen werden.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin,
Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Zum Streik der Zimmerer

Zum Streik sind noch folgende Richtlinien nachzutragen, die auf der gestrigen Zahlstellenversammlung bekanntgegeben wurden: Die Lehrlinge bleiben in den Betrieben; die Poliere, die ja auf 14tägige Kündigung angestellt sind, können auch im Betriebe bleiben, haben jedoch keine Zimmerarbeit zu leisten. Die Poliere in den Theatern bleiben an der Arbeit, da sie ja einen eigenen Tarif haben, während alle in der Textil-, Metall- und chemischen Industrie sowie im Waggonbau tätigen Zimmerer sofort die Arbeit niederzulegen haben. Die Spandauer Kollegen haben, bis alle besonderen Verhandlungen erledigt sind, noch in Arbeit zu bleiben.

Mittwoch müssen alle Kollegen sich in den in den Streiklokalen ausliegenden Listen eintragen lassen.

Parteiveranstaltungen

Zur Beachtung für die Funktionäre

Alle Organisationsnachrichten für den Veranstaltungsanzeiger müssen schriftlich und rechtzeitig der Redaktion übermittelt werden. Bei telephonisch aufgegebenen Anzeigen kann keine Gewähr für ordnungsgemäße Erledigung übernommen werden.

Donnerstag, 28. Juli

12. Distrikt. Bildungskommission. Abends pünktlich 7½ Uhr bei Hoffmann, Lychener Str. 8.
13. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Pietsch, Gleimstr. 56.

Freitag, 29. Juli

12. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 7 Uhr Funktionärsitzung bei Streiter, Mariendorf, Chausseestr. 27. Thema: 1. Die bevorstehenden Stadtparlamentswahlen; 2. Die Friedensdemonstration am Sonntag, den 31. Juli. Die Funktionäre werden gebeten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.
19. Distrikt (Gesundbrunnen). Alle Ordner pünktlich 6½ Uhr wichtige Besprechung bei Schurzmann, Stettiner Str. 11. Genossen, die noch Armbinden haben, müssen dieselben unbedingt abliefern.
13. Distrikt, 2. Abteilung. Abends ½8 Uhr Funktionärkonferenz bei Gilde, Kopenhagener Str. 26. Erscheinen notwendig.
19. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in der Schalauia Mittenwalder Straße. Stellungnahme zum Statut und Stadtverordnetenwahl.

Vereinskalender

Donnerstag, 28. Juli

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Abends 7 Uhr Generalversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Freitag, 29. Juli

Internationaler Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe O. 2. Abends 7 Uhr Bezirksversammlung, „Freischütz", Fruchtstr. 36a.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhart Seger, Mahlsdorf-Süd bei Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin SW. 68, Breite Straße 8-9.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Berlin

Achtung! Bauarbeiter Achtung!

In nachstehenden **Bezirksversammlungen** soll der Bericht über unsere Lohnverhandlungen entgegengenommen werden.

Osten 1: Freitag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Fruchtstr. 38.
Norden 1: Freitag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Greifenhagener Straße 20.
Neukölln: Donnerstag, den 28. Juni, abends 6½ Uhr, im „Karlsgarten", Karlsgartenstr.
Wilmersdorf: Freitag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, bei Pieper, Gasteiner Straße 8.
Pankow: Freitag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, bei Wanske, Brehmestr. 35.
Gesundbrunnen: Donnerstag, den 28. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Prinzen-Allee 8.
Lichtenfelde: Freitag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, bei Fleischer, Bäkestr. 7.
Adlershof: Sonntag, den 31. Juli, vorm. 9 Uhr, bei Baschin, Sedanstr. 3.

Zur besonderen Beachtung!

Allen Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die am Sonntag, den 31. Juli, in den Bezirkslokalen angesetzte Urabstimmung der Demonstration wegen von 8—2 Uhr stattfindet. Der Vereinsvorstand

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Botenfrauen
gesucht
von der
Spedition Werner, Greifswalder Str. 29
für die Chodowiecki-, Danziger und Neue Königstraße

Alt-Metall
Ankauf zu Tagespreisen von Fabriken, Händlern u. Privaten
Nollendorfstraße 39.

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krauser 22 M.
Portoriko . . . 23 M.
Gold Shag . . 27 M.
Rund Große Hamburger Straße 1.

Die dritte Auflage
Handbuch für Betriebsräte
ist soeben erschienen
Preis 15.— Mark // Gebunden 20.— Mark
Betriebsräte, Organisationen bedeutende Preisermäßigung
BUCHHANDLUNG „FREIHEIT"
BERLIN C2 ///// BREITE STRASSE 8-9

Annahme in allen Expeditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 674).

Tapeten, Wachstuche, Dauerwäsche verkauft Spillat, Kolonialstraße 9.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 5. Kammgarne, Gabardine, Tuche, Seiden, Futterstoffe. Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Halleschen Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware.

Staunenerregend! Kreuzfüchse 75.—, Rotfüchse 60.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Feldgraue Tuchhosen 24.—, Litewken, Drellanzüge. Kanner, Kastanienallee 3.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Str. 8-9.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Möbel

Einrichtet Anzahlung, angenehme Ratenzahlung im großen Möbelkeller, wenig Miete daher preiswert. Schlafzimmer 2162, Küche 442. Stubeneinrichtung mit Betten 1478 aufwärts. Einzelmöbel. Schriftliche Garantie. Schatz, Brunnenstr. 160. Achtung! Eing. Ackerstr.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Räumungs-Ausverkauf von Küchenmöbeln, Rauchtischen, Eßzimmern, 150 breit, Schleiflack-Schlafzimmern, einzelnen Küchen-Anrichten, Küchenrahmen, Kohlenkästen zu bedeutend herabgesetzten Preisen unter Herstellungskosten. Nur wenige Tage. Möbellager Chausseestraße 88.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, fertige Küchen in seltener Auswahl, bequemste Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Cohn, Große Frankfurter Str. 56 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47-48.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Meicke, Auguststr. 77a. Omgb.

Schlafzimmer, eiche, nußb., weiß, 3450.—, Stube gebraucht, Küchen 578.—, prima Emaillack. Zahlungserleichterung, Auktionsspeicher Badstraße 31.

Fahrräder

Fahrräder kauft Kraus, Gr. Frankfurterstraße 52.

Fahrradankauf höchstzahlend. Brückner, Gitschiner Straße 78.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, hochzahlend. Geldüberbringer. Pilz, Reinickendorfer Str. 93, Hof part. links. Moabit 3020.

Kaufgesuche

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 5053

Firnis, Bleiweiß, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. Zahn, Alte Jakobstr. 188, Halleschestor.

Räumliches Elektromaterial kauft Einkaufszentrale Fennstraße 82. Moabit 6934.

Schellack, Leim, Firnis, Wachs, Paraffin kauft Winkler, Oranienburgerstr. 12.

Weißbierflaschen kauft Klang, Weißenburgerstraße 36.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Geld darlehen, Ratenrückzahlung. Richter, Invalidenstraße 146, II.

Unterricht

Englisch. Genosse H. Neumann (der 40 Jahre in England gelebt) eröffnet neuen Unterrichtskursus am 15. August in Luzern, Weinmeisterstr. 15/16, jeden Montag u. Donnerstag. Anfänger: 6—7½ Uhr, Fortgeschrittene: 7½—9 Uhr. Honorar monatlich 15 Mark im Voraus. Anmeldungen an H. Neumann, Höchste Straße 49.

Verschiedenes

Richter, ehemaliger, gewählter Beisitzer, Rechtsbeistand, Lothringer Straße 47 (Rosenthaler Platz).

Erwerbstätige Frauen! Verlangt den Aufruf von Dora Zieh, „Willst du arm und unfrei bleiben?" (50 Pfg.), gegen Einsendung von 75 Pfg. von der Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 8-9.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 8-9.